

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Vertriebsstellen, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Langauerstr. 3, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Zeitung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Genehmigungs-Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einzeln, Unklarheiten, Schmelzerei und tabellarischer Satz mit Aufschlag.

Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezshalt.

Nr. 134.

Dienstag, den 8. November 1932.

35. Jahrg.

Reichstagstageröffnung 6. Dezbr. — Unveränderter Regierungskurs

Nach den Bestimmungen der Reichsverfassung muß der neu gewählte Reichstag binnen dreißig Tagen nach der Neuwahl zusammentreten. In politisch-parlamentarischen Kreisen rechnet man daher damit, daß die erste Reichstagssitzung am Dienstag, den 6. Dezember stattfinden wird. Diese Eröffnungssitzung wird nur die Konstituierung des Reichsparlaments bringen, und erst in der zweiten Sitzung dürfte das neue Kräftchen gewährt werden. Der neu gewählte Reichstag wird durch

General Lohmann als Alterspräsidenten eröffnet werden, der als Spitzenkandidat auf der nationalsozialistischen Liste im Wahlkreis 5 Frankfurt a. d. O. gewählt ist. General Lohmann ist 82 Jahre alt, er ist auch Mitglied des Preussischen Landtags und ebenfalls dessen Alterspräsident. Die Nationalsozialistische Partei hat absichtlich General Lohmann auch als Reichstagskandidat aufgestellt, um zu verhindern, daß die neue Reichstagsession etwa wieder durch die kommunistische Abgeordnete Frau Jellin eröffnet werden könnte, wie es bei dem am 31. Juli gewählten Reichstag der Fall war.

Reichspräsident von Hindenburg hat sich am Montag durch Staatssekretär Dr. Meißner und durch den Chef der Reichspressstelle, Ministerialdirektor Wards, über das Weiterbestehen Bericht erlassen lassen. Weiter hat auch Reichskanzler von Papen dem Reichspräsidenten Wards über die durch den Ausfall der Reichstagswahlen entstandene politische Lage gehalten.

Unveränderter Regierungskurs.

An zuständigen Stellen, die der Reichsregierung nahe stehen, wird festgestellt, daß sich an der innenpolitischen Lage durch die Reichstagswahl nichts Wesentliches geändert habe. Die Reichsregierung habe keine Veranlassung, von ihrem bisherigen Kurs abzuweichen. Es werde nur, mehr Ende der Parteien sein, ob der Reichstag in der Lage sei, positive Arbeit zu leisten. Die Reichsregierung sei bestrebt, ihre Grundanlage zu vertiefen, und, wie der Kanzler auch in seiner Rundfunkrede zum Ausdruck gebracht habe, für jeden die Arme offenzuhalten, der gewillt sei, mitzuarbeiten.

Wesentlich dürfte sich der weitere Gang der Dinge so gestalten, daß der Reichskanzler die Parteiführer empfangt und an sie die Frage richtet, ob und unter welchen Umständen sie bereit sind, sein Kabinett zu unterstützen. Sollte die Antwort negativ ausfallen, würde der Kanzler voraussichtlich dem Reichspräsidenten vorzuschlagen, daß dieser die Parteiführer zu sich bittet und sie fragt, was sie unter diesen Umständen für Vorschläge zu machen haben. Wenn dabei ein wirklich brauchbarer und durchführbarer Vorschlag gemacht würde, so werde der Reichspräsident seine Durchführung ermöglichen.

Eine Umbildung des jetzigen Präsidialkabinetts wird offenbar nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn dadurch wirklich eine erhebliche Verbreiterung der Regierungsbasis erreicht wird.

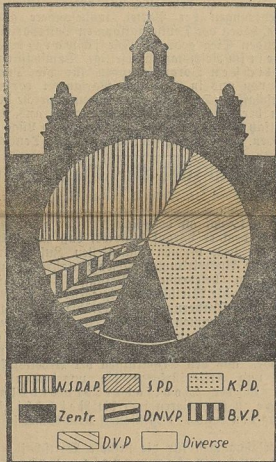
In Kreisen der Reichsregierung ist man im übrigen von dem Ergebnis der Reichstagswahl höchlich befriedigt. Das

die Verfestigung der Kräfteverhältnisse im einzelnen angeht, so wird zunächst festgestellt, daß die nationalsozialistische Bewegung nicht nur zum Stillstand gekommen sei, sondern über die geringere Wahlbeteiligung hinaus Einbußen erlitten hat. Der wesentliche Teil der von der NSDAP erlittenen Verluste ist nach Ansicht maßgebender Kreise auf den bürgerlichen Parteien hängengeblieben. Das gesunde Bürgertum, so wird erklärt, sei weder zurückgefallen. Diese Stimmen vorwiegend als auch die Stimmen der Reichswähler glaubt man zugunsten der Regierung von Papen verbunden zu können. Innerhalb der sogenannten marxistischen Front habe ein Einbruch der Stimmen stattgefunden, so daß von einem Einbruch der Nationalsozialisten in diese Front nicht gesprochen werden könne. Die Gewinne der Kommunisten übersteigen etwas die Verluste der Sozialdemokraten. Die Verluste des Zentrums werden auf die Verhandlungen zurückgeführt, die diese Partei verschiedentlich mit den Nationalsozialisten gepflogen habe.

In welcher Weise sich der Wahlzusatz auf die innenpolitische Lage auswirken wird, hängt nach Ansicht maßgebender politischer Kreise einmal davon ab, ob im neuen Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit zustande kommt, zum anderen davon, wie sich der neue Reichstag zur Frage der Verfassungsreform stellt. Dem neuen Reichstag wird bekanntlich alsbald

ein Verfassungsprogramm vorgelegt werden, nachdem vorher auch die breitere Öffentlichkeit Gelegenheit bekommen hat, sich mit diesem Programm zu beschäftigen, so daß nach Möglichkeit diesen oder jenen Punkten noch Rechnung getragen werden kann.

Für das Schicksal des Reichstages dürfte die Haltung maßgebend sein, die gegenüber der Verfassungsfrage eingenommen wird.



Die Mandatsverteilung im neuen Reichstag. Untere graphische Darstellung veranschaulicht die prozentuale Verteilung der Mandate im Reichstag nach der Wahl am 6. November.

Natürlich wird in politischen Kreisen auch bereits die Möglichkeit erörtert, ob es nicht doch dem neuen Reichstag gelänge, eine

arbeitsfähige Mehrheit zustande zu bringen. Das könnte möglicherweise dadurch geschehen, daß etwa die Christlichsozialen zu einer Koalition von Nationalsozialisten und Zentrum bzw. Bayerische Volkspartei hätten würde. Das Zustandekommen einer solchen Koalition vorausgesetzt, würde es aber auch eines Programms bedürfen, das nach allen Richtungen hin hieb- und fischig ist.

Bei der Beurteilung des Wahlergebnisses wird in maßgebenden politischen Kreisen auch auf die als besonders charakteristisch bezeichnete Tatsache hingewiesen, daß die Kontingentierungspolitik

auf den Wahlausgang, wie die Stimmen aus dem Lande zeigten, keinen nachteiligen Einfluß ausgeübt habe. Die entgegliche Entscheidung in dieser Frage dürfte noch im Laufe dieser Woche fallen. Es dürfte sich dann auch herausstellen, ob die Ergebnisse, die hinsichtlich der Stellung des Reichsernährungsministers von Braun in der letzten Woche im Umlauf waren, begründet sind oder nicht.

Das amtliche Ergebnis.

Vom Reichswahlleiter wird folgendes amtliche Endergebnis der Reichstagswahl mitgeteilt:

Partei	Stimmen	Prozent	Mandate
NSDAP	11 713 785	(33,1)	195 (- 35)
SPD	7 237 894	(20,5)	121 (- 12)
KPD	5 974 209	(16,8)	100 (+ 11)
Zentr.	4 228 633	(11,9)	69 (- 6)
DNVP	3 664 977	(8,6)	51 (+ 14)
Baer. Vp.	1 081 932	(3,1)	19 (- 3)
Chr.-Soz.	660 092	(1,9)	11 (+ 4)
St. Staatsp.	338 064	(1,0)	2 (- 2)
Chr.-Soz.	412 685	(1,2)	5 (+ 2)
Christl. Volksp.	110 181	(0,3)	2 (-)
St. Bauern	63 999	(0,2)	1 (-)
St. Bauern	148 990	(0,4)	3 (+ 1)
Chr. Landbund	60 065	(0,2)	1 (-)
St. Landvolk	46 498	(0,1)	1 (-)
Christl. Bauernb.	105 188	(0,3)	2 (-)
Volkst.-P.	46 096	(0,1)	0 (-)
Sonstige Parteien	199 018	(0,6)	0 (-)

Insgesamt 35 402 306 Stimmen, was einer Wahlbeteiligung von rund 80 Prozent entspricht.

Das Wahlergebnis im Spiegel der Presse

Was sagt die Presse im Reich?

Je nach ihrer politischen Einstellung äußern sich die Blätter sehr verschieden über den Ausgang der Wahlen. Bemerkenswert ist zunächst, was die nationalsozialistische Presse in Hitlers Hauptquartier sagt. Der Völkische Beobachter in München, Hitlers Blatt, wirft dem Kanzler vor, er sei Schrittmacher des Wahlergebnisses, und verkündet, die NSDAP werde den Kampf um neue Reichsbücher und -entschlüssener als je weiterführen. Die Reichspressstelle der NSDAP, sagt zu den Verlusten der Partei, es sei nur ein verschwindender Prozentsatz von Konjunkturritten oder weltanschaulich noch nicht geleisteten Wähler abgeplittert, das sei nur ein Gewinn für die Partei, der die Kampfkraft erhöhe. In Hamburg stellt das mittelparteiliche Fremdenblatt die Frage, ob es nicht Zeit sei, daß sich alles, was den Nationalismus als nicht förderlich erkannt habe, enger als bisher zusammenfasse. Der bürgerlich-nationale Hamburger Anzeiger mahnt die Regierung, die brauchbaren Elemente der Nationalisten zur Mitarbeit heranzuziehen. Die völkisch-sozialistische Zeitung in Bremen bearbeitet das Wahlergebnis als unbefriedigenden Erfolg der Reichsregierung. Der mittelparteiliche Anzeiger in Hannover stellt als positives Ergebnis fest: Gewinn der Parteien, die sich hinter die Regierung gestellt haben. Die weit rechts stehende Rheinisch-Westfälische Zeitung in Essen sagt, der wirkliche Sieger sei Herr von Papen, er müsse aber den Versuch machen, mit der NSDAP wieder in Fühlung zu kommen. Die liberale Kölnische Zeitung schreibt, es werde nötig sein, die Nationalsozialisten alsbald vor die

Frage zu stellen, ob sie Mitverantwortung übernehmen wollen. Die Rheinische Volkszeitung, das rheinische Zentrumblatt, meint, Herr von Papen müsse aus dem Ergebnis den Schluß ziehen, daß sein Rücktritt notwendig sei. Die demokratische Frankfurter Zeitung spricht von der Notwendigkeit eines überparteilichen parlamentarischen Zusammenstufes. Der rechtsrheinische Presse- und Anzeiger betont, daß der Stimmenverlust für die Partei viel mehr bedeute als für jede andere Partei. Die Kölnische Zeitung, die der bürgerlichen Mitte nahesteht, fordert Heranziehung Hitlers zur Verantwortung.

Die Presse der Reichshauptstadt zur Wahl.

Man greift selbstverständlich zuerst nach dem Blatt Dr. Goebbels, dem Angriff, um zu hören, was er zu den Verlusten seiner Partei sagt. Dr. Goebbels erklärt, eine gewisse Einbuße habe die NSDAP erwartet, aber der Verlust falle kaum ins Gewicht und liege bei den vor der Tür stehenden Entscheidungen von ganz besonderer Bedeutung. Herr von Papen müsse sofort seinen Rücktritt erteilen. Das Jahr 1932 solle trotz allem noch zum Jahr der Entscheidungen gemacht werden. — Der bürgerlich-nationale Berliner Lokalanzeiger schreibt, daß die neue Bewegung in der Wählerkraft den Regierungskurs gerechtfertigt habe, die Möglichkeit einer Schwarzbraunen Koalition sei verschlagen. Durch das völlige Weggelassen des Verlusts, die Mehrheit für die Forderung „Alle Macht für Hitler“ zu gewinnen, ist für uns keineswegs die Unfähigkeit des Werbers Hitler erwiesen, so wenig wie

eine die Wertlosigkeit der nationalen Bewegung im Nationalsozialismus. Aber vor der Welt, der der Übergläubigkeit an die nicht abzuwehrende Aufjagung Deutschlands durch den Nationalsozialismus Ingeriert wurde, ist der Führer dieser agitatorischen Tätigkeit nun der Warden. Die nationale deutsche Zeitungszeitung stellt in ihrer Wahlbetrachtung fest: In ganzen genommen ist also der politische Sinn des Wahlganges nicht überwiegend groß, wenn man nicht voraussetzt, daß der Wahlausgang eine gewisse erzieherische Wirkung ausüben kann. Entschieden ist nicht vorgefallen.

Die vorkampferische deutsche "Allgemeine Zeitung" tritt unter der Überschrift "Veränderung" dafür ein, daß die NSDAP an einem neuen Präsidialkandidaten beteiligt werde. Hindenburgs Vernehmung mit Hitler, das ist die Forderung des Tages, schreibt das Blatt. An Hitler richtet es die Mahnung, nicht auf dem Kanzlerposten zu bestehen. Die demokratische Oppositions-Zeitung schreibt nach der Feststellung, daß die Nationalsozialisten eine schwere Niederlage erlitten haben, haben aber das große Geschenk einer schwarz-braunen Koalition bekommen, das die Rechte der Regierung sei wiederhergestellt, ja sogar erhöht. Das linksdemokratische Berliner Tageblatt meint, es gebe zwei Vorgesetzte, Hitler und Papen, und sagt weiter: es ist Sugenberg gelungen, sich wieder einzufinden, bei den Nationalsozialisten Parteiführer habe jetzt wieder die Ehre, bei jeder Wertbetrachtung nach rechts ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Der sozialdemokratische Vorwärts kritisiert, der Wahlausgang sei ein Mißtrauensvotum des Volkes gegen die Regierung v. Papen. Papen soll zurücktreten. Die gleiche Forderung erhebt das Zentrumblatt Germania. Der 6. November sei ein Mißerfolg für Papen. Die jetzige Regierung müsse endlich den Weg zur Schaffung einer anderen Regierung freigeben.

Das Ausland zur Reichstagswahl.

Die deutschen Reichstagswahlen sind im Ausland mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Besonders die verschiedenen Vermutungen über das künftige Verhältnis von Regierung und Parlament stehen im Mittelpunkt des Interesses. In den Berichten der englischen Blätter werden die Gewinne der Deutschen national unterstrichen. Die Verluste der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten und des Zentrums sowie das Anwachsen der kommunistischen Stimmen werden als den Erwartungen gemäß bezeichnet. Allgemein herrscht Übereinstimmung, daß auch der jetzige Reichstag keine Mehrheit zustande bringen werde.

Die französische Presse

schließt aus dem Ergebnis, daß der neue Reichstag ebenso wie der alte nicht in der Lage sei, eine stabile Mehrheit abzugeben, und daß unter diesen Umständen die augenblickliche Regierung Papen-Schleider auch weiterhin die Führung der Geschäfte in Händen behalten werde. Es wird hier besonders der Mäßigkeit des Zentrums und die Zunahme der deutschen nationalen Eigen unterstrichen, während die Verluste der Nationalsozialisten und der Sozialisten nicht weiter überraschen.

Das Interesse der internationalen Öffentlichkeit

an den deutschen Wahlen war außerordentlich groß. Auf Veranlassung der zuständigen Behörden wurden bis spät in die Nacht die Ergebnisse der Wahl laufend übermittelt. Die Erfolge der NSD werden als Beweis dafür angesehen, daß die im Oktober aufgestellten Richtlinien der kommunistischen Internationalen zweckmäßig waren. Nach Ansicht der russischen politischen Kreise wird die NSD in den kommenden innerpolitischen Entscheidungen Deutschlands eine große Rolle spielen und ihren Kampf für die Zerschlagung des demokratischen Systems fortführen.

Weitere Stimmen zum Wahlausgang.

Eine Erklärung des Prälaten Dr. Kaas.

Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, erläßt eine Erklärung, in der es heißt: Das Wort des 6. November bedeute eine Abgabe an das jetzige System, ein "Bis hierher und nicht weiter" gegenüber denen, die dem Volke und seiner Verfassung die Rechte nehmen wollten, ohne die ein gesundes Staatsleben nicht bestehen könnte. Dem Staat komme nur dienen, wer nicht gegen das Volk, sondern mit dem Volke gehe. "Auf Grund dieses Volkswortes werden wir jeden verantwortlichen Schritt tun zur Überwindung der Zerrissenheit zwischen den politischen Lagern und zur Ermöglichung einer starken völkerverbundenen Reichsregierung."

Die Haltung der Bayerischen Volkspartei.

Der Landesvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, erläßt eine Kundgebung zum Wahlausgang, in der es u. a. heißt: Es ist eine Lebensnotwendigkeit der deutschen Innenpolitik, daß der Reichspolitiker zu bestimmen, beendet wird. Eine Regierung, die ihre Aufgabe darin erblickt, sich grundmäßig gegen die Volksweltung zu stellen, ist nicht am Platze. Ein Reichstag, der nicht alles daran setzt, sich durch sachliche Arbeit und vernünftige Zusammenarbeit aller arbeitwilligen Kräfte zu behaupten, verdient nicht den ehrenvollen Titel Volksweltung. Nur im Zusammenwirken zwischen Reichstag, Reichspräsidenten und Reichsregierung ist eine Politik der Gerechtigkeit, des Rechts und der Verfassungstreue gewährleistet.

Christlich-Sozialer Volksdienst und Landvolk.

Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Hartwig erklärte, der Christlich-Sozialer Volksdienst werde sich wie bisher weder nach rechts noch nach links wenden. Grundmäßig würde er einer Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten nicht ablehnend gegenüberstehen. Der Führer des Landvolks, Landrat außer Dienst Dr. Gerke, erklärte: Das Landvolk sehe in dem Ergebnis der Wahl die Notwendigkeit einer Präsidialkandidatur, die sich auf das Vertrauen Hindenburgs stütze, die aber besonders in den wirtschaftlichen Dingen den Worten die Tat folgen lasse. Dies betreffe vor allem eine wirksame Hilfe für die Gemeinden.

Aufruf Hitlers an seine Partei.

Fortsetzung des Kampfes.

Adolf Hitler veröffentlicht einen Aufruf, in dem er zum Wahlergebnis Stellung nimmt. Er erklärt, die Regierung von Papen habe eine vernichtende Niederlage erlitten. Für uns — so erklärt Hitler weiter — ist der Sinn des Wahlganges dieser Wahl klar: Fortsetzung des Kampfes gegen dieses Regiment bis zur endgültigen Beseitigung. Die nächsten Wochen und Monate werden dabei unter bester Bundesgenosse sein. Hitler wirkt in den folgenden Sätzen der Regierung von Papen vor, daß sie Deutschland dem Volksweltung preisgegeben hat und schließlich dann die neue Kampfpapare mit folgenden Worten an:

Ich setze damit die Parole für die Salzung der Partei genau so eindeutig fest, wie nach dem ersten Reichspräsidentenwahltag. Sie heißt: Nichts ist wichtiger als die Fortsetzung des Kampfes bis zur Niederlegung dieser feils offenen, teils getarnten Gegner einer wirklichen Wiederentrichtung unseres Volkes. Keinerlei Kompromisse und kein Gehabe an irgendwelche Verständigung mit diesen Elementen! Ich treffe für die Weiterführung des Kampfes daher folgende Anordnungen: 1. Alle organisatorischen Fragen und Arbeiten der Partei treten ab sofort zurück gegenüber der Aufgabe der äußersten Verfestigung unserer Propaganda. 2. Sämtliche Parteifunktionen treffen sofort alle Maßnahmen zur Einleitung des neuen Propagandakampfes. 3. Jede Parteiorganisation und die es bedenkenden Parteien nicht bis zur Vernichtung geschlagen sind, gibt es kein Verhandeln!

In diesem Sinne ist auch ein Aufruf Hitlers an die SA- und SS-Mannschaften gehalten, in dem es heißt: Ich weiß, daß viele sich nach Ruhe sehnen, aber ich kann es nicht zugeben. Wir müssen uns überwinden und noch mehr leisten. Der Kampf wird vermindert ist. Ich bestimme daher folgendes: Die SA- und SS- haben sofort im engeren Einberufen mit der politischen Propagandaleitung die Arbeit und den Kampf erneut aufzunehmen. Ein dritter Aufruf wendet sich in gleichem Sinne an die Leiter der Parteiorganisationen.

Ein Aufruf Hugenberg's.

Der deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenberg veröffentlicht einen Aufruf, in dem er erklärt: "Unberührbares Selbsthalten an dem Ziel und operativer Einsatz aller Gliederungen der Partei, insbesondere aus der Jugend, haben der deutschnationalen Volkspartei einen überlegenden Sieg gebracht. Die schwarz-braune Mehrheit im Reichstag ist bestätigt. Damit ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Durchführung des von uns in Volk und Parlament vertretenen Sturzes geschaffen. Tant und Anerkennung spreche ich allen Kämpfern der deutschnationalen Bewegung aus, die sich unter Einsatz ihrer Person gegen Error und Sünde durchgesetzt haben. Der Kampf geht weiter. Heil Deutschland!"

Die Finanznot der Gemeinden.

Ein Schreiben Dr. Müller's an den Reichsminister.

Der Präsident des Deutschen Städtebundes, Dr. Müller, hat an den Reichsminister ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß zahlreiche Gemeinden vor dem offenen finanziellen Zusammenbruch ständen. Die Auswirkungen dieser Katastrophe müßten die erhofften belebenden Wirkungen des Aufbauprogramms für die Wirtschaft völlig zerstören. Dr. Müller faßt dann die Forderungen der Städte in sieben Programmpunkte zusammen und weist zunächst darauf hin, daß es notwendig sei, die Arbeitslosenhilfe von Gemeindefinanzmitteln zu trennen. Es schäde vor allem die Sparrenten der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenrenten die ungedeckten Mehrausgaben in der Wohnfürsorge der Arbeitslosen zu finanzieren und die Reichshilfe um den Betrag von rund 200 Millionen Reichsmark sofort zu erhöhen.

Die Maßnahmen für die private Wirtschaft müßten unbedingt durch ein mehrmaliges Arbeitsbeschaffungsprogramm ergänzt werden. Die Schwierigkeiten im kommunalen Finanz- und Tilgungsdienst seien erkennen, daß es unmöglich sei, die Beträge in der bisherigen Höhe aufzubringen. Es sei dringend geboten, Wege zu einer Verminderung der Zinsverbindlichkeiten zu finden. Die Frage der kommunalen Umfahrungen müsse bestimmt gelöst werden. Die enge Verbindung der Gemeinden mit dem Reich mache es unerlässlich, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Reichsreform auch die Interessen der Gemeinden entsprechend gewahrt würden. Der neue Verteilungsschlüssel für die Reichshilfe bestimme zwar im wesentlichen die Verhandlungen, die von zahlreichen Gemeinden immer wieder gegen die bisherigen Auswirkungen erhoben wurden, die Maßnahmen der Reichsregierung bedeuteten aber nur eine teilweise Hilfe und reichen nicht aus, den finanziellen Notstand der Gemeinden zu beheben.

Kurze politische Nachrichten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing die von dem früheren Reichsminister für Finnland, General Freiherrn von Munnerberg, geführte finnische Offiziersabordnung, die als Vertreter Finnlands an der Gustav-Adolf-Feier in Lützen teilgenommen hat. Bei dem Empfang war der Berliner finnische Botschafter Wotjost zugegen.

Dem Amtmann Preussenschen Präfektur zufolge weist der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Ministers für Volkswirtschaft beauftragte Staatsminister Dr. Scheidt in einer Bekanntmachung darauf hin, daß nach der zweiten Verordnung zur Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung vom 29. Oktober 1932 das Ministerium für Volkswirtschaft ab 1. Dezember 1932 in einem neuen Gebäude untergebracht werden soll. Sämtliche Anträge und Eingaben für die bisher das Ministerium für Volkswirtschaft zugehört war, sind daher vom 1. Dezember 1932 an an die dann zuständigen Dienststellen zu richten.

Fruchtlose Genfer Arbeit.

Keine Einigung über das Programm der Londoner Weltwirtschaftskonferenz.

Die große Genfer Konferenz über den Weltwirtschaftsausschuss für die Vorbereitung der Londoner Weltwirtschaftskonferenz hat seine erste Tagung abgeschlossen. In den zehntägigen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geführten Verhandlungen hat sich ergeben, daß die Vorbereitung der auf der Londoner Konferenz zu verhandelnden Wirtschafts- und Finanzprobleme weit schwieriger ist, als ursprünglich angenommen wurde. Es ist besonders am Ausbruch gekommen, daß eine Behandlung des internationalen Schuldenproblems gegenwärtig noch nicht möglich ist, solange nicht die Stellungnahme der neuen amerikanischen Regierung vorliegt. Ebenso ist man zu keiner sachlichen Stellungnahme zu der Frage der Kontingente und der Zolltarifpolitik gelangt. Dem Ausschuss ist es daher vorläufig nicht gelungen, eine Tagesordnung für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz aufzustellen und die Arbeiten in irgendeiner Richtung mit praktischen Ergebnissen abzuschließen.

Politische Amnestie in Italien.

Der italienische Ministerrat hat unter dem Vorsitz Mussolinis eine Amnestie und Gnacenerlass für politische Vergehen beschlossen, der bereits dem König nach San Marino zur Unterschrift zugeleitet worden ist. Der Erlass betrifft aus ausgesprochen antisowjetischen Vergehen und stellt den weitestgehenden politischen Gnacenerlass dar, der seit dem Besehen des Königreiches Italien ausgesprochen worden ist. Genüsse Einbürgerungen sind nur gegenüber rüdfälligen und sich verborgen haltenden Verbrechern gemäht worden.

Ein Geheimen Regierungsrat als Devisenschieber.

Regierungsrat Titzsch aus dem preussischen Wohlfahrtsministerium verhaftet.

Der Verrechnungsrichter beim Amtsgericht Berlin-Mitte hat gegen den Geheimen Regierungsrat und Direktor des preussischen Wohlfahrtsministeriums, Titzsch, sowie gegen den Kaufmann Adolf Borchardt, den Bergwerksdirektor Gerdts, den Major Ernst Gollander und den Bankier Hubertus Katschke verurteilt.

Die fünf verurteilten Personen werden befristet, sich gegen die Devisenverordnung vergangen zu haben. Es wird ihnen zur Last gelegt, deutsche, in ausländischem Besitz befindliche Effekten in Deutschland veräußert und den Erlös wieder nach dem Auslande gebracht zu haben. Es handelt sich schätzungsweise um einen Betrag von 200 000 Mark, der sich aber noch erhöhen kann. Um diese Devisentransaktionen und Effektenverkäufe zu verrichten, hatte Geheimen Regierungsrat Titzsch, über dessen Konto die Beträge liefen, Scheinquittungen des Wohlfahrtsministeriums ausgefertigt.

Berliner Verkehrsstreik beendet!

Widerprechende Angaben über den Umfang des Streiks.

Die Lage im Berliner Verkehrsstreik hatte sich bis Montag mittag etwas gebessert. Nach den Mitteilungen des hiesigen Nachrichtenamtes verkehrten Montag außer 46 Straßenbahnlinien, auf denen 450 Züge fuhren, auf 15 Omnibuslinien 200 Autobusse. Das sei fast die Hälfte des normalen Verkehrs. Die Zahl von 6000 Arbeitswilligen enthielte etwa 50 Prozent des für den Betrieb erforderlichen Fahrpersonals. Auch der Untergrundbahnverkehr sei auf mehreren Strecken wieder aufgenommen worden. Diese Angaben werden jedoch von der nationalsozialistischen und kommunistischen Streikleitung bestritten.

Es wurde von dieser Seite erklärt, daß Montag nur 65 Straßenbahnwagen in Verkehr gewesen seien und daß im übrigen der Kampf bis zum äußersten weitergeführt werden würde.

Der Streik in der Berliner Müllabfuhr,

der keine wirtschaftliche Ursache hat, sondern aus Sympathie für die Streikenden der WBS, ausgebrochen ist, dauert fort. Ingeordnete Einigungsverhandlungen werden nicht geführt.

Die ersten Sondergerichtsprozesse wegen des WBS-Streiks.

Am Dienstag haben sich im Zusammenhang mit dem WBS-Streik mehrere Kommunisten und Nationalsozialisten vor dem Sondergericht zu verantworten. Die Angeklagten sind wegen Landfriedensbruchs, Transportgefährdung und Anstiftung (Mißleitungsverstoß) zum Landfriedensbruch verurteilt worden. Nach der Hochverordmung vom 9. August können gegen Mißleitungsverstoß Strafen bis zu zehn Jahren verhängt werden.

Normaler Straßenbahnbetrieb in Berlin.

In Berlin werden am Dienstag wieder sämtliche Straßenbahn- und Autobuslinien von den frühen Morgenstunden an fahrplanmäßig verkehren. Auch auf den in einem Ausmaß, den hofft man, im Laufe des Tages den fahrplanmäßigen Betrieb wieder durchführen zu können.

Der wandernde Berg.

Ein schmerzliches Dorf bedroht.

Der "wandernde Berg" im Ranton Glarus, der Rücksturz, ist wieder in fährer Bewegung geraten. Die Wohnorte von Entbal und Umgebung wurden durch mächtige Felsabstürze aus dem Schloß gedrückt. Marmoren erlöten, Scheinwerfer erleuchteten die Nacht, um den Einwohnern den Weg zu weisen. Als am Vormittag die Nebel verdampften, wurde festgestellt, daß die obere Bergkuppe in nördlicher und in südlicher Richtung in einem Ausmaß von etwa 30 000 Quadratmeter abgebrochen ist. Der Schotwald ist auf weite Strecken zusammengefallen.

Der Fall Stoffregen.

Strafantrag und Beschwerde beim Reichsinnenminister.
Der seines Amtes enthobene Bürgermeister Dr. Stoffregen in Cutin hat gegen den Regierungspräsidenten Wöhrnder bei der Staatsanwaltschaft Lübeck Strafantrag wegen Vergehens gegen § 339 des Strafgesetzbuches gestellt. Regierungspräsident Wöhrnder hat keinesfalls in einer öffentlichen Versammlung erklärt, der Bürgermeister werde kein Amt nicht wieder ausüben, solange er (Wöhrnder) Regierungspräsident in Cutin sei. Gegen den nationalsozialistischen Stellvertreter des Bürgermeisters ist wegen des kürzlich gemeldeten Zwischenfalls der *Recht am e i n e s* M a n n e s durch Attorney Volksebeamte bei der Staatsanwaltschaft Lübeck ein Strafverfahren wegen Verhöhnung und Gefangenenbefreiung anhängig gemacht worden. Die Deutschnationale Volkspartei, Wahlkreisverband Schleswig-Holstein, teilt mit, daß sie wegen der aus politischen Gründen erfolgten Amtsenthebung Dr. Stoffregens in einem Schreiben an den Reichsminister des Innern W e s t e r m e r e geäußert habe.

Kinder als Hasenpiraten.

Verdächtige Diebstähle im Altonaer Hafengebiet.
Der Abtransport aller im Altonaer Hafengebiet ankommenen Güter geschieht durch Frachten, die unter mangelhafter Schutzeinrichtungen die heißen Abfahrtsstraßen passieren müssen, um in die Stadt zu gelangen. Während die minderbemittelte Hasenbevölkerung sich früher damit begnügte, heruntergefallene Kohlen, Fische usw. aufzusammeln, wurden in der letzten Zeit viele Vagen planmäßig überfallen und beraubt. Es handelt sich dabei um organisierte Raubüberfälle, bei denen auch Kinder Verwendung fanden. Die Verurteilungen gehen meist darauf vor sich, daß aus irgendeinem Versteck heraus plötzlich Kinder herauspringen, ein Fahrzeug erlitten und Waren in größerer Menge auf die Straßen werfen, wo sie von Erwerbenden aufgesammelt werden. Wiederholt sind die Frachtwagen durch die Kinder angegriffen worden. Dabei spielten Trupps sogenannter „Kohlsucker“ eine Rolle. Eine größere Anzahl Erwaachener und Kinder wurde bei den Diebstählen erwischt und zur Anzeige gebracht.

Ein englischer Fischdampfer untergegangen.

Dreizehn Tote.

über Nordnorwegen, besonders in der Gegend von Tromsø, hat ein furchtbares Unwetter geübt. Der englische Fischdampfer „Golden Deep“ ist im Sturme mit dreizehn Mann Besatzung untergegangen. Der Kapitän und drei Mann der Besatzung konnten gerettet werden. Vom Land aus sah man das Schiff hilflos in der hohen See treiben.

Ein anderes Schiffsunglück wird vom finnischen Meerbusen gemeldet. Der dänische Dampfer „Jaga“ hat dort ein hilflos treibendes eisliches Motorschiff angetroffen und die aus acht Mann bestehende Besatzung an Bord genommen und nach Tromsø gebracht. Über das Schicksal des Motorschiffes ist bisher nicht bekannt geworden. Man nimmt an, daß es gestrandet ist. Ein finnisches Feuerschiff weigerte sich, die schiffbrüchige Mannschaft von dem dänischen Dampfer zu übernehmen.

Die Schiffkatastrophe in Nordnorwegen

Nach einem jetzt vorliegenden amtlichen Bericht über den Untergang des englischen Fischdampfers „Golden Deep“ in Nordnorwegen hat sich die erste Schiffkatastrophe folgendermaßen zugetragen: Der Fischdampfer hatte bei dem furchtbaren Sturm einen Hafen in der Nähe von Sam e r e f e t aufgesucht. Als der Kapitän mit drei anderen Leuten den Bord angegangen war, trieb der Dampfer hilflos vom Ufer ab. Es herrschte ein so hoher Seegang, daß es unmöglich war, dem von den Wogen hin- und hergeworfenen Schiff zu Hilfe zu kommen. Um 10 Uhr abends war das Boot gesunken, so daß man nur noch die Masten und den obersten Teil des Schiffsrümpfes sehen konnte. Man konnte drei Mann sehen, die sich an dem Mast festhielten, und zwei oder drei andere Leute, die am Schiffsrumpf hingen. Eine halbe Stunde später oder waren sie alle miteinander von der See abgespült worden.

Beim Tote bei einem Schiffszusammenstoß.
In der Nähe von San M o n d e o in Vortugal ereignete sich ein schwerer Zusammenstoß zwischen den Schönern „Rosina“ und „Augusto“. Die „Augusto“ wurde an der Breitseite getroffen und sank in wenigen Minuten. Von der 25köpfigen Besatzung konnten nur 15 gerettet werden.

Die Revision des Münzfälschers Salaban verworfen.

Es bleibt bei fünf Jahren Zuchthaus.
Die Münzfälscherin Cornelia Salaban wurde vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts in der Revisionsinstanz verhandelt. Salaban war am 29. Juli 1932 wegen Münzfälscherei zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt worden, desgleichen wegen unbestätigter Führung des Doktorates zu vier Wochen Haft. Die Ehefrau Salabans wurde wegen Beihilfe zum Münzverbrechen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat die Revisionen Salabans und seiner Ehefrau kostenpflichtig verworfen.

Ein Zeichen des verunglückten Postflugzeuges?

Brässel. Der belgische Postdampfer Nr. 14 fischte in der Nähe des holländischen Feuerschiffes „Maas“ ein Rad vom Fahrstuhl eines Flugzeuges auf. Man nimmt an, daß es sich dabei um ein Rad der unglücklich abgestürzten D. 207 handelt. Auf der Vernehmung des Radbesitzers fand sich die Worte „Electron Metall GmbH, Cannstadt, Stuttgart“.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die Steuerpflichtigen werden gebeten, die Hauszins- und Gemeindegrunderwerbsteuer für den Monat **November 1932** und die Hundsteuer, die Gewerbesteuer vom Ertrage und Kapital für **Oktober/Dezember 1932**, sowie die Bürgersteuer für 1932 bis zum 15. ds. Mts. an unsere Gemeindekasse zu entrichten.

Für Zahlungen nach dem 15. ds. Mts. werden die gesetzlichen Verzugszuschläge, die zu 3,1 % für jeden angefangenen halben Monat betragen, erhoben.

Annaburg, den 7. November 1932.

Der Gemeinde-Vorstand.

Locales und Provinziales.

Das amtliche Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Halle (Saale) wird Anfang 1933 nach dem Stande vom 15. 1. 33 neu aufgelegt. Eine Nachprüfung der bisherigen Eintragungen auf nötige Veränderungen ist daher geboten. Erwinlich ist Erlehen der Fremdwörter durch deutsche Ausdrücke. Erforderliche Veränderungen (Namenänderungen usw.) sind dem zuständigen Postamt unverzüglich, spätestens bis 20. 12. schriftlich mitzuteilen. Nach diesem Zeitpunkt besteht keine Gewähr mehr für Berücksichtigung. Auskunft über die Eintragung von Fernsprechanschlüssen erteilen die vorgeordneten Dienststellen. Kostenspflichtige Eintragungen, deren Wegfall oder Veränderung nicht bis spätestens 31. 12. beantragt wird, werden unter Anwendung der Gebühren in die neue Auflage übernommen.

Ausnahmsfeiertage vor Weihnachten. Wie der G D A mittels hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe mit jenem Erlaß vom 29. 10. 32 angeordnet, daß in diesem Jahre in ganz Preußen einheitlich von den Sonntagen im Dezember der 11. und 18. Dezember gemäß § 105 Abs. 2 der Gewerbeordnung für die Offenhaltung von Verkaufsstellen freigegeben werden.

Annaburg. (Kriegerwaisenhaus Annaburg.) Am 19. ds. Mts. soll die Einweihung des am 1. Oktober 1932 eröffneten Kriegerwaisenhauses Annaburg stattfinden. Der Vorstand der Annona- und Annona-Verwaltungsgemeinschaft und Träger der nunmehr 5 Kriegerwaisenhäuser, hat vom 1. September ds. Jrs. das hiesige frühere Garnisonlazarett, spätere Kriegshinterlebenheim, vom Reich mit dem dazugehörigen 13 Morgen großen Garten und Nebengebäuden gepachtet. Das Haus ist zu 31. mit 30 Kindern (22 Jungen und 8 Mädchen) belegt, deren Zahl sich voraussichtlich auf etwa 50 Kinder vergrößern wird. Es handelt sich um Schul- kinder vom 7. bis 13. Lebensjahr, deren Vater Mitglied eines Kriegervereins sein oder gewesen sein muß. Die Kriegerwaisenhäuser sind in erster Linie für Vollwaisen von Kriegervereinsmitgliedern gedacht, es finden jedoch auch Halbweisen und Kinder aus wirtschaftlich in Not geratenen Kriegerfamilien Aufnahme. Die Errichtung des hiesigen Waisenhauses wurde nur dadurch ermöglicht, daß für ein i. Zt. bei der Abtretung in Samter in Polen verlorengegangenes evangelisches Waisenhaus erst vor kurzem eine Abfindungssumme dem Stiftungsvorstand zur Errichtung eines Erziehungsgehilfenhauses wurde. Da die Kinder nach Konfession und Heimatsherkunft in die verschiedenen Waisenhäuser verteilt werden und stets mehr Anmeldungen für evangelische Kinder als solche für katholische vorliegen, sah man sich nunmehr genötigt, in Annaburg einen Erlaß für Samter zu schaffen. Es bestehen also 3. Zt. 5 Kriegerwaisenhäuser der Deutschen Kriegerwaisenfürsorgegesellschaft, 3 evangelische in Osnaabrück, Römisch in Meiningen und Annaburg, 4 Torgau und 2 katholische in Rastatt in Schles. und Württemberg, Bez. Trier. Daß die Errichtung einer solchen Anstalt in heutiger wirtschaftlich schwerer Zeit mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist und selbstverständlich alle Möglichkeiten günstiger Einfaltungsgelegenheit erschöpft werden müssen, liegt auf der Hand. Zu den anfänglichen großen Erziehungsausgaben kommen die laufenden für Bekleidung, Ernährung und Schulbedarf der Zöglinge hinzu. Es sei an dieser Stelle daher dankend erwähnt, daß der Kreisverordnungsrat Wittenberg das Haus hierbei bereits nach Kräften unterstützt hat. Da die Errichtung noch keineswegs als vollständig anzusehen ist, die Kinderzahl sich ständig vergrößert und wir außerdem dem Wohlstandesstand entgegengehen, wäre es dankbar zu begrüßen, wenn weitere verständnisvolle Mitarbeit und helfendes Interesse diesem neuen Erziehungsunternehmen unsere deutsche Jugend entgegengebracht würde.

Annaburg. (Diebstahl.) In der Nacht zum Sonnabend wurden aus einem Eisenbahn-Wagen am Staatsbahnhof ca. 3 Ztr. Äpfel entwendet. Das gestohlene Gut ist allem Anschein nach durch die Entlassungsläden des Wagens entnommen worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Annaburg. Mit der heutigen Anzeige weisen wir nochmals auf die heute abend stattfindende Feueraufführung „Das Nibelungenlied“ hin. Die Künstlerdarsteller und ihre Leistungen sind den meisten Annaburgern so bekannt, daß sich eine besondere Hervorhebung jedes einzelnen erübrigt. Auch heute abend steht den Besuchern der Veranstaltung ein besonderer Genuß bevor.

Annaburg. Die Denkmalschleifungen des Geheimrats Tilly von früheren Wohlfahrtsministerium, von denen wir an anderer Stelle der vorliegenden Nummer bereits berichteten, geminnen für unsere Leser noch dadurch an Interesse, als Tilly aus dem benachbarten Jellen kommt. Er war hier zunächst in Jellen beim Amtsgericht Altona, um sodann nach Naumburg und von dort nach Berlin zu gehen, wo er unter dem Ratskassier Lucanus Hofrat wurde. Vor mehreren Jahren wurde Geheimrat Tilly der Ehrenbürgerbrief der Stadt Jellen überreicht.

Wethau. (Der Ort ohne Pfarrer.) Pfarrer Hahn hat nunmehr unseren Ort verlassen, um die Verwaltung der Pfarrstelle in Hettstedt zu übernehmen. Dadurch ist der hiesige Ort ohne Pfarrer. Das hiesige Pfarramt wird wieder von Großtreben aus verwaltet.

Schweinitz. Vor der großen 3. Torgauer Strafkammer hatte sich der Stellmacher W. B. aus Schweinitz zu verantworten, der, wie wir letztendlich berichteten, das Anwesen seiner Frau am 9. August in Brand gesetzt hat. Die Anklage lautete auf vorsätzliche Brandstiftung in Tateinheit mit Versicherungsbetrug. Der Angeklagte, der in den Besitz der Versicherungssumme kommen wollte, um eine gefällige Hypothek zu beziehen, gab die Tat zu. Die Grundstücke waren mit 31000 RM. versichert. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren. Das Gericht billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu, weil er gefällig und noch unbestraft war und verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis und 450 Mark Geldstrafe, hilfsweise 30 Tagen Gefängnis. Einen Haftantrag des Staatsanwalts lehnte das Gericht ab.

Torgau. Der Fischzug im Großen Teich hat gestern Montag vormittag begonnen. Eine große Anzahl Schaulustiger hatte sich dazu eingefunden.

Jena. (Im goldenen Kranz.) Der Fleischmeister Anton Thiele und seine Ehefrau feierten das Fest der goldenen Hochzeit. Beide Jubilare sind noch rüstig und stehen im 74. Lebensjahre.

Bayern. Beim Überschwemmen zerbrach hier der Klöppel der großen Glode. Nach Untersuchung desselben ergab sich, daß er schon angegriffen sein mußte. So kann jetzt nur noch mit den kleinen Gloden gefischt werden.

Glöden, 5. November. Ein Fahrrad war vor einigen Wochen einem hiesigen Einwohner gestohlen worden. Jetzt scheint den Dieb entweder die Peine gepakt zu haben, oder er glaubte sich seiner Beute nicht mehr am frühen Morgen in der Nähe seiner Wohnung. Der Dieb hatte es in der Nacht dorthin gestellt, ohne auch nur die geringste Spur zu hinterlassen.

Kornfränk - Das nützliche Köpfungströck - ist kein Kaffee-Ersatz im landläufigen Sinn. Er ist viel mehr. Die überraschende Kaffeeähnlichkeit im Geschmack gibt ihm einen ganz besonderen Charakter.

Aus 1/2 Pfd. für 25 Pfg.



bereitet man 10x



= 100 große Tassen Kaffeegetränk



- den Wochenbedarf für eine Familie

Schilbau. (Gegen die Stillbetriebe.) Bei dem Magistrat ist eine Eingabe eingegangen, in der sich die Gewerbetreibenden auf das höchste erregt zeigen, daß eine auswärtige Großfirma in Schilbau eine Zweigstelle zu errichten beabsichtigt und daß weder Bürgermeister noch Magistrat bisher irgendwelche Schritte unternommen haben, um dieses Geschäft, das den Ruin des größten Teils der Schilbauer Gewerbetreibenden in kürzester Zeit herbeiführen muß, von Schilbau fernzuhalten. Der Bürgermeister schreibt hierzu u. a. folgendes: „Die vorstehende Eingabe ist ein Notruf, der durchaus Beachtung verdient. Im Verhältnis zur Größe der Stadt sind in Schilbau zuviel einschlägige Geschäfte vorhanden. Aber nur die Einwohnerzahl hat es in der Hand, ihre Einkäufe bei den Gewerbetreibenden zu tätigen, denen sie Vertrauen entgegenbringt und die der Stadt durch Zahlung der notwendigen Steuern nützen. Magistrat und Bürgermeister haben geleglich keinerlei Befugnis, einen neuen Gewerbebetrieb zu unterlagen, soweit nicht durch Gesetz Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben sind.“

Schönwalde. Im Anschluß an eine Versammlung kam es am Freitagabend zu einer Schlägerei zwischen politischen Gegnern. Im Verlauf derselben wurde der Sohn Paul des Schneidemeisters Schöne durch vier Messerstiche am Ohr und in den Rücken erheblich verletzt, jedoch ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Die Ermittlungen nach dem Täter sind im Gange.

Seyda. Einen bedauerlichen Unfall erlitt die Schülerin Marie Seger von hier. Beim Spielen auf dem Schulhof rannte sie mit einer Spiegelgehärlin zusammen. Sie fiel be-

wußlos um und scheint eine Gehirnerschütterung davongetragen zu haben.

Raudorf & Schl. 5. November. (Verendeter Kranich aufgefunden.) Am vergangenen Mittwoch fand man auf einem Acker einen toten Kranich. Das Tier ist ca. 1.50 m groß und hat eine Flügelspannweite von ca. 2 m. Die Kraniche sind jetzt auf ihrer Reise nach dem Süden, besonders nach Weppeln in das Ritzgebiet. Sie kommen vom Norden Skandinavien, wo sie in Sumpfgeländen hausen und auf ebener Erde nisten. Dieser Watvogel gilt als sehr schlau und nur wenigen Menschen ist es darum gelungen, tieferen Einblick in das Leben dieser Tiere zu gewinnen.

Rauchhammer. In dem Garten des Schlossers Albin Richter trägt ein Ritzbaum zum zweitenmal in diesem Jahr reife Früchte.

Brehna (Kreis Bitterfeld), 5. Nov. (Brehna kann keine Gehälter zahlen.) Die Stadt befindet sich in bedrängter Kassenlage. Die Gehälter an die Beamten konnten am 1. November nicht ausbezahlt werden. Der Magistrat hat

alle ihm notwendig erscheinenden Schritte unternommen, um die Kassenverpflichtungen der Stadt erfüllen zu können.

Merzbürg. (Seuna stellt 700 Mann ein.) Die Belegung der Stillstoffproduktion hat dazu geführt, daß etwa 700 Mann neu eingestellt werden konnten. Für die Lagerung des Kaliflossiers hat das Ammoniakwerk weiter den Bau eines neuen Silos in Auftrag gegeben.

Das gesunde Frühstück. Das erste Frühstück bedeutet den Auftakt in der Ernährung für den ganzen Tag. Deshalb muß es auch so geartet sein, daß es den Bedürfnissen entspricht, die an die erste Mahlzeit gestellt werden. Der ausgeraute Körper braucht am Morgen keine schweren Speisen und aufregenden Getränke. Die Arbeit wird viel leichter mit einem unbeschwertem, durch die Verdauung nicht allzu stark in Anspruch genommenen Magen aufgenommen. Das erste Frühstück muß deshalb aus schnell verdaulichen Speisen und einem leichten und belohnlichen Getränk bestehen. Diese Eigenschaften besitzt der Kornfrank, das deutsche Kaffegetränk. Sein würzfrüher Geschmack und seine feinerbe Art regen den Mehrwertbrauch an Milch an. Und dann ist Kornfrank sehr billig. Aus $\frac{1}{2}$ Pfund für 25 Pfennige bereitet man 100 Tassen. Eine Tassche, die besonders unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen von großer Bedeutung ist. Und wie bequem ist keine Zubereitung. Ein Schüssel voll mit einem liter togenden Wassers überbrühen, nicht kochen, und den Aufsatz nach fünf Minuten ziehen vom Saß abgießen, und das Morgengetränk ist fertig. Kornfrank, das deutsche Kaffegetränk, ist aber nicht nur wohlschmeckend, belohnlich und sparsam im Verbrauch, es ist, und darauf kommt es beim ersten Frühstück in erster Linie an, gesund wie das tägliche Brot.

Verlangen Sie auch beim Nachfüllen von **MAGGI** Würze **MAGGI-Gutschene!**

Geschäfts-Verlegung.

Meiner geehrten Kundschaft zur geistl. Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage meinen Geschäftsbetrieb

nach **Niedere Straße 34**

verlegt habe. Ich bitte, das mit bisher erzielene Wohlwollen auch weiter bewahren zu wollen und zeitige

Hochachtungsvoll

Otto Richter,
Bau- und Möbel-Zislerer.

Erwarte Mittwoch früh

**Blutfrische grüne Heringe,
Kablian, Goldbarsch, Fischfilet**

in dicker Verpackung und zum allerbilligsten Tagespreis!

J. Kählig's Nachf.

Inh.: Martha Müller, Mühlenstr. 40.

Universal-Geschäftsbücher

unentbehrlich für jeden Gewerbetreibenden als Umsatz- und Einkommensteuerbuch sind wieder vorrätig und empfehllich

Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Empfehle:

**Ia. Viehlebertran-Gumifion
Viehlebertran, rein
Fischtran
phosphorj. Futtertall
toghlen, Futtertall**

billigst nur in der

Adler-Drogerie, Inh.: G. Schön
Annaburg, Torgauer Straße 36.

Für Damen und Kinder!

**Schlüpfer, Prinzkröde,
mit angeraumtem Futter
Herrens, Damen- und Kinder-
Heinden, sowie sämtl. Normal-
Unterzeuge**

**Barquent-Vertikalen u. Schlafdecken
Herrens, Damen- und Kinder-
Sportweihen
Anaben-Strickanzüge**

Gerne meine bekannten

B. S. B.-Damenstrümpfe

Geb. Schimmeyer.

1933

**Torgauer Kreis-Kalender
Köhler's Deutscher Kalender
Köhler's Flotten-Kalender**
sind erschienen und zu beziehen durch
Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Nur Tabakfachleute

können Ihren hohen Ansprüchen an guten Cigarren gerecht werden.

**Höchste Leistungen, größte Auswahl
sachgemäße Bedienung** garantiert

tiert das gute Cigarren-Spezial-Geschäft

Rabatte!

Jede Marken-Ware
Cigaretten - Tabake

Louis Hofmann

Dreitum-Mäntel



Velour, r. Valle, Jugendl. Mantel, Mod. flottgeschnit., Jugendl. Mantel, Form, mit Gornm- Diagonal-Bouclé, gonal, m. ech. Halb- im. Bleuré-Krawatte, persianer-Krawatte

18.- 28.- 38.-
ALLEIN-VERKAUF:

Carl Quehl

Sonder-Angebot!

Einen großen Kegel
reine Kernseife
und 3 Stück **Badeseife** **95 Pf.**
zusammen nur
**Drogerie und Photohaus
O. Schwarze, Annaburg.**

Sigella-Mop

**Bolnerwachs
feinere Danjaal-
Spritzwachs
Möbelpolitur**
Mopül löse und in
Flaschen, empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Kaffeefiltrierpapier „Melitta“

(geschnitten, in Kartonpackung), empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Papierhandlung

Mietsverträge

nieder vorrätig bei
Herm. Steinbeiß.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Gastspiel d. Märkischen Wandtheaters

im **Goldenen Ring in Annaburg**
heute, Dienstag, abends 8 Uhr.

„Das Nürnbergisch Ei“

Schauspiel in 4 Akten von Walter Harlan
Spielleitung: Fritz Galbers
Preise der Plätze: 1.00 RM., 0.80 RM., 0.50 RM.
Vorverkauf: Goldenen Ring.

Wohnung

(Stube, Kammer, Küche)
Unterrichter Vorstraße ab
1. Dezbr. 1932, zu vermieten

Wohnung

zu vermieten. Zu er-
fragen in d. Exp. d. Bl.

Stets frisch!

**Schaupitabak
Echt Bayrisch-Brasil
„Schmalzerkrantz“
und „Goldbar“, sowie
Kautabak**
empfecht
Louis Hofmann.

Bürger- Schützen- Vereine. V.

**Donnerstag, d. 10. Nov.
abends 8 1/2 Uhr:**

Versammlung

bei Kamerad Dubro.
Der Vorstand.

**Bund
Königin
Luise**
**Donnerstag, d. 10. Nov.
Zusammenkunft (Vortrag)
im „Eggerskranz“**
Der Vorstand.

Am Donnerstag von 7 Uhr ab
frische Seefische
in strommer Verpackung:
**Kablian, Hfl.,
Goldbarsch,
Fischfilet o. Gräten** } zu den billigsten
Tagespreisen
J. G. Fritzsche.

Offertiere in bekannt guter Qualität:

Schrankpredapparate	Karbidlampen
Kofferpredapparate	Beleuchtungs- und Berko-Lampen
Kinderpredapparate	mit Dynamo
Schallboxen	Tischlampen
Geigen und Mandolinen	Stablampen
Ziehharmonikas	Nachtlichtlampen
Flöten	Fokus-Verstärker
Mandoharmonikas	Karbid löse und in Büchsen
Platten und Stifte	Bläsmaschinen-Set
Geigenbogen	Bläsmaschinen-Modelle
Mandolinenblättchen	Bläsmaschinen-Schiffchen
Violin-Silber- und Darm-Saiten	Bläsmaschinen-Spulen
30 So (Kleckerpreis) 10 Pf.	Sticks- und Stopfapparate

Marta Stein.

Radio!

Haben Sie schon die neuesten Lautsprecher
„Freischwinger“ ♦♦
gehört? Das Neueste von der Funkausstellung
Nora L 32. Preis 35.- M.
Hörgeräteeinheiten in allen Preislagen.
Batteriegeräte, moderne, mit 3 Röhren 39.50 M.
Pertry-Änoden: | Bertly 100 Volt = 10.50
| Etanma 100 Volt = 6.50
Alle Zubehörteile billig!
W. Waisch.

Nach und Fern

○ Mithrasfeier Abtragung vom Berliner Funturm. Vom Berliner Funturm sprang ein Mann, der unbekannt ab die äußerste Spitze gestiegen war, mit dem Fallschirm ab. Der Fallschirm öffnete sich jedoch nur zum Teil, und der Mann sankte in die Tiefe, wo er mit zerstückelten Gliedern hienieden lag. Er wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht.

○ Großfeuer in einer chemischen Fabrik. In der chemischen Fabrik Paul Heide-Selmitzwerke in Erfurt entzündete durch Überladen eines Heißes ein Großfeuer, das großen Umfang annahm. Da im Hofe Feuerlöscher lagen, bestand die Gefahr einer Explosion. Die Wehr konnte aber schließlich die Gefahr beseitigen und die umliegenden Gebäude schützen. Der Seitenflügel, in dem das Feuer ausbrach, brannte vollkommen nieder. Eine große Menge von Rohmaterialien fiel den Flammen zum Opfer.

○ Die Wöwin im Schachhof. Die Stadt Braunschweig besitzt zwei Wöwin, die ihr vom Jhrus Sartani geachtet worden sind. Sie werden im südlichen Schachhof und Viehhof verpflegt. Als dieser Tage der Stadtkommissar Dr. Straßer vor dem Wöwinflügel ausging, verlegte ihm die Wöwin einen Krantenfließ in den Arm und brachte ihm mehrere Wunden bei. Das Verwunden des Kommissars gibt zu Bestürzungen keinen Anlaß.

○ Nach langer Zeit wieder Steuerzahlung. Die Gemeinde Langenbach im Kreise Müllenburg (Rheinland), die bisher aus großen Wäldern und Steinbrüchen feste Einnahmen hatte, ist jetzt zum erstenmal seit langer Zeit durch einen Rückgang der Holzpreise und den geringen Erlös aus den Steinbrüchen gezwungen, Steuern zu erheben.

○ Treiblich-Eincoln in Haft genommen. Der internationale Abenteurer Treiblich-Eincoln, der in Ägypten im Grenzgebiet einen Vertrag über Klein Weg zu Unklarheit hielt, wurde nach Verhandlung des Vorgesetzten von Gerichtsbeamten in Haft genommen. Diese Maßnahme ist auf das Verbrechen eines holländischen Gläubigers zurückzuführen, dem Treiblich-Eincoln 6000 Gulden schuldig soll.

○ Fälschung einer Untergrundbahn. Die Solmentollenbahn, die Oslo mit Holmenfollen verbindet und zum Teil Untergrundbahn ist, ist von der norwegischen Lebensversicherungsgesellschaft „Fram“ gefälscht worden. Die Fälschung erfolgte, weil Staatsbeamte, die bei dem Bau der Untergrundbahn geschädigt worden sind, Schadenersatzansprüche gestellt haben.

Bermischte Nachrichten.

Kein deutsches Angebot eines Militärbündnisses an Frankreich. Berlin. In einer Veröffentlichung, wonach Reichsminister von Papen Frankreich ein Militärbündnis angeboten haben soll, wird nun ausländische Quelle erklärt, daß diese Meldung von Anfang bis zu Ende unrichtig sei. Frankreich ist weder unmittelbar noch mittelbar ein Militärbündnis angeboten worden.

Revolverattentat auf einen Landgerichtsdirektor. Lüneburg. Auf Landgerichtsdirektor Kaschewitz wurde ein Revolverattentat verübt. Als er in seinem Arbeitszimmer nachts am Schreibtisch lag, wurde plötzlich in sein Zimmer zwei Schüsse abgegeben. Kaschewitz wurde jedoch nicht getroffen. Da Landgerichtsdirektor Kaschewitz in der letzten Zeit politische Prozesse geführt hat, dürfte auf einen Mordattentat einen politischen Anschlag geschlossen werden.

Brand in einem Straßenbahnwagen. Rom. Ein vollbesetzter Straßenbahnwagen geriet dadurch in Brand, daß sich ein Passagier mit Filmen unter Einwirkung großer Schiffsanlagen entzündete. Im Innern des Wagens, dessen mechanische Vorrichtung sich nicht öffnen ließen, brach eine unbeschreibliche Panik aus. Schließlich schlugen die Fahrgäste die Fenster ein und sprangen auf die Straße. Hierbei wurden zehn Personen verletzt.

Direktor Dr. Herzog tödlich verunglückt.

Sannover. Der Sohn des Brauereibesizers der Stadtbrauerei in Göttingen, Emil Herzog, der 23jährige Dr. Verthold Herzog, hatte mit seiner jungen Frau auf der Hochzeitsreise in Italien einen schweren Kräfteverfall. Der Wagen fuhr in voller Fahrt gegen eine geschlossene Bahnrampe. Dr. Herzog kam so schwer zu Schaden, daß er nach kurzer Zeit starb. Seine Gattin kam ohne Verletzungen davon. Dr. Herzog war Direktor des Verbandes der Norddeutschen Brauereindustrialisten in Berlin.

Übersetzung fährt in eine Arbeiterkolonne.

Samburg. In Rathenburgerort ereignete sich ein schweres Unglück. Ein Güterzug, der sich auf der Fahrt von Rathenburgerort nach Samburg befand, fuhr am Weidenbamm in eine Arbeiterkolonne hinein. Drei Arbeiter wurden getötet, zwei schwer und mehrere leicht verletzt. Vier Krantenwagen folgten für den Abtransport der Verletzten.

40 Prozent der Sodafabrikate werden fiktionalisiert. Bekräftigung. Anlässe der verwickelten Wirtschaftslage, insbesondere im Ausland, sieht sich die Sodafabrikation gezwungen, zum 7. November 40 Prozent der in der Fiktionalisationsjahr beschäftigten Dampfer fiktionalisieren.

Mord in Lüneburg. In Lüneburg wurde der Kolonialwarenhändler und Hausbesitzer Hermann Weidenbach, der sich auf dem Nachhauseweg befand, durch zwei Schüsse aus einem Gefährt getötet. Es sieht sich, daß es sich nicht um einen politischen Mord handelt. Auch ein Raubüberfall scheint nicht vorzuliegen.

Zuchthausantrag im Allenfieber Bombenattentatsprozeß. Allenstein. In dem hiesigen Prozeß gegen nationalsozialistische Bombenattentäter, beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Weg gegen Zuchthausstrafe zehn Jahre Zuchthaus, wegen der Nationalsozialistischen Zuchthaus, Franz Weß, Quasiel und Himmeldie sechs Jahre Zuchthaus und gegen die fünf Jahre Zuchthaus, Wilhelm Weß, Bernad und Sellwich je fünf Jahre Zuchthaus.

Bei der Wahl einen Herzschlag erlitten. Göttingen. Auf dem Wege vom Ballhof zum Schloss der Frau Schürmader. Sie wurde in einem Auto zum Wahllokal gebracht, da sie an Ohnmata litt. Im Wahllokal wurde ihr vor Aufregung übel und sie mußte wieder zurückgefahren werden. Während der Fahrt im Auto ist die Frau einem Herzschlag erlegen.

Der Spinnereist in Lancashire beilegt. London. Der Spinnereist in Lancashire, an dem über 200.000 Textilarbeiter beschäftigt waren, ist beilegt worden. Die Spinner haben sich bereit erklärt, das Lohnabkommen, das eine Sitzung am 14. Prosent vorliegt, anzunehmen.

Großfeuer auf einer Marinestützungswehr. Paris. Auf der Marinestützungswehr in Saint Denis bei Paris brach ein Brand aus, der fünf Jagtschuppen vollkommen einäscherte. Wertvolle bereits verarbeitete Holz für Flugzeuge und große Mengen anderes Material wurden zerstört.

Die Behandlung der mandatschirischen Frage in Genf. Genf. Zwischen dem Vertreter der amerikanischen Regierung, Norman Davis, und dem Generalsekretär des Völkerbundes haben beiderseits vertrauliche Verhandlungen über eine Vereinbarung der amerikanischen Regierung an den kommenden Verhandlungen des Völkerbundes über die mandatschirische Frage stattgefunden.

Kurze politische Nachrichten.

Der Reichspräsident empfing den Vorsitzenden der Kandidatenschafskammer. Brandenburg, von Oppendammowade, zu einem Vortrag über die Lage der märkischen Landwirtschaft.

Im Reichsanzeiger wird eine Verordnung zur Änderung der Durchführungsbefimmungen zur Steuerergattschweiverordnung vom 31. Oktober veröffentlicht, die die Berechnung der Besatzschafszahlen vereinfacht, entfallende Zweifel und Särten beseitigt und

die Berechnungsart in Abereinstimmung mit derjenigen der Tariflosterungsverordnung bringt.

Eine Ergänzung der Verordnung über den Burgfrieden sieht Ausnahmen von dem Verbot für solche öffentlichen politischen Versammlungen in geschlossenen Räumen vor, die der Vorbereitung von Wahlen zu öffentlichen Körperchaften dienen. Mit dieser Verordnung ist den Wählenden der sächsischen Regierung, die darauf aufmerksam gemacht hat, daß in diesem Monat in Sachsen Gemeindevahlen stattfinden, Rechnung getragen.

Die Reichsleitung der Technischen Nothilfe teilt mit, daß sie für 212 Arbeitssager im freiwilligen Arbeitsdienst aufgenommen hat, und zwar wiederum eine volkswirtschaftlich wertvolle Maßnahme mit 50 Arbeitsdienstfreiwilligen, bei der die Technische Nothilfe nicht nur Träger des Dienstes ist, sondern auch gleichzeitig die technische Leitung übertragen bekam.

Der Reichsanzeiger des Preussischen Landtages, der für Dienstag und Mittwoch einberufen war, wird an diesen Tagen seine Sitzung abhalten. Offenbar ist die Vertagung zurückzuführen auf die durch das Leipziger Urteil entstandene Lage.

Die holländische Regierung hat auf Anfrage einiger Abgeordneter geantwortet, daß, soweit der Regierung bekannt sei, der Deutsche Kaiser in der Vereinbarung mit seinen Verprechungen von 1918 sich politischer Bindungen enthalte. Anderslautende Gerüchte, die hauptsächlich in ausländischen Zeitungen verbreitet seien, hätten sich als unrichtig herausgestellt.

SA-Führer Heimes im Reichenbacher Sandgranatenprozeß.

Berechnung des Schriftstellers Rächke.

Am Reichenbacher Sandgranatenprozeß, der vor dem Schwedensitzer Sondergericht verhandelt wird, wurde der sächsische SA-Führer Heimes vernommen. Heimes hat das Gericht, die Hintergründe darzulegen zu dürfen, die der Tat von Reichenbach zugrundeliegen konnten. Solche Hintergründe habe der Schriftsteller Rächke die NSDAP herabzulegen gesucht. Dadurch hätte sich in der SA eine gereizte Stimmung gegen Rächke gebildet. Heimes suchte die Beweggründe zu dem Anschlag

durch harte Besuche der NSDAP zu erklären. Er führte eine Liste an, nach der in der Zeit vom 1. Juli bis 10. August d. J. die sächsischen Nationalsozialisten vier Zote und 207 Schwerverurteilte gehabt hätten. Um seine Kameraden zu schützen, habe er schließlich anordnen müssen, daß ein SA-Mann, der sich, wenn er angegriffen werde, nicht wehre, aus der SA auszuscheiden ließe. Von den Reichenbacher Vorfällen will Heimes erst durch die Presse alles erfahren haben. Sollte er verurteilt werden, so würde es ihm recht sein, für die SA-Mitgliedschaft auf diese Weise Zeugnis ablegen zu können. Er folgte dann die

Berechnung des Schriftstellers Rächke, gegen den das Attentat geplant war. Er gab eine Schilderung des Anschlages. Am fragehellen Abend habe er sich in einem Kaffeehaus aufgehalten. Gegen 1 1/2 Uhr nachts habe er sich mit zwei anderen auf den Heimweg gemacht. In der Nähe des Zubehörmorgens sei er von dem Scheinwerfer eines Autos geblendet worden. Bald darauf sei eine Explosion erfolgt. Dann habe er ein Wimmern gehört. Am Boden habe ein Mensch gelegen, während zwei Personen für das Auto gebrannt und bebängelt worden seien. Erst jetzt sei ihm die Erkenntnis gekommen, daß der Anschlag maßgebendweise ihm gegolten habe.

Die Schuld der Susanne Mariski Roman von Margarete Ankermann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Sie müssen sich unbedingt aufricht halten. Und das können Sie nur, wenn Sie mit Ihren Kräften haushalten. Ich gehe beruhigt weg, wenn ich Sie selbst in Ihr Zimmer gebracht habe. Später, gegen Morgen, mögen Sie dann Frau Reuter abholen.

Als der Arzt weggegangen war, lag Peter zuerst einige Minuten regungslos auf seinem Bett. Die Gedanken riefen wie wild durch seinen Kopf.

Nichts von alledem konnte er begreifen. Susanne, seine angebetete, herrliche Susanne wollte in den Tod gehen? Witten aus ihrer glücklichen, ärztlichen Ehe? Was in aller Welt war so traurig, daß es seine Frau in den Tod treiben konnte?

Peter Heiden machte Licht. Er konnte die Dunkelheit nicht mehr ertragen.

Da fiel sein Blick auf den großen, weißen Umschlag neben seinem Bett.

Sachlich griff er danach, riß ihn auf. Dann las er, mit fliegenden Augen, atemlos fast, bis zum Ende.

Das also war es, was Susanne zu der furchtbaren Tat gebracht hatte! Das, was sie Sünde nannte und was doch nichts anderes war als schuldloses Gend, als jammervolles Mordverbrechen.

Was hatte sie leiden müssen, seine arme Frau, sein liebes Waldmädchen...

Und alles um dieses Schicksal willen, der jetzt drüben lag auf Rosenhain, den Ehrenmann spielte vor der Offenheit und vor keinem nichtstehenden Dinkel, und der im geheimen eine hilflose Frau so lange quälte und peinigete, bis sie keinen anderen Ausweg mehr wußte als den Tod.

Peter Heiden fuhr auf. Es hatte jetzt keinen Sinn, daß er nach Ruhe suchte. Es war viel besser für ihn, wenn er drüben saß neben Susanne, und sah, daß sie wenigstens noch lebte, daß nicht alle Hoffnung auf ihre Gesundheit geschwunden war...

Viele, viele Wochen waren vergangen. Eine lange, bange, fast unerträgliche Zeit hatte Susanne in ständiger Todesgefahr geschwiegen, trotz aufopferndster Pflege und jeder erdenklichen Sorgfalt. Aufopferndster hatten den jahren Körper erschüttert, immer und immer wieder. Wenn man die Macht des Fiebers gedrohen wußte, war es plötzlich von neuem gekommen.

Qualvolle Phantasien führten durch das Gehirn der tranken Frau, und Peter bekam die traurige Geschichte seines Weibes immer wieder zu hören, unterbrochen von herzzerreißenden Beteuerungen ihrer Liebe zu Peter und zu dem Kind.

Dann endlich war die Krise überstanden, neigte sich das Jünglein der Waage nach der freundlicheren Seite. Aber es dauerte noch lange, bis man wirklich von Genesung sprechen, bis Peter und seine Freunde aufatmen konnten.

Überall hatte man mit dem hart getroffenen Heidehofbesitzer um das Leben der vielgeliebten Frau gebangt. Man hatte ihm geholfen, so gut man konnte, man hatte ihm alle Arbeit und alle Wirtschaftsjorgen abgenommen, daß er sich um nichts hatte zu kümmern brauchen als um seine Frau.

Der alte Geheimrat Malsenhausen hätte am liebsten sein Quartier auf dem Heidehof aufgeschlagen, wenn Rosenhain nicht nach ihm verlangt hätte. Der gute Malsenhausen hatte viel getrieben in diesen Wochen. Nicht nur wegen Susannes Krankheit.

Die Tage nach der Katastrophe hatte Peter Heiden dem alten Herrn den Brief Susannes gegeben und dazu das Päckchen, das ihm der alte Hieronymus am Morgen nach der schrecklichen Nacht gütlich überreicht hatte. Peter hatte die rührenden Briefe der Verführten gelesen, aus denen die ganze Unschuld und Hingabe eines liebenden, verzagten Mädchens sprach und über die nur ein

Wißling vom Schlage Sagenheims kurzerhand hinweggehen konnte.

Amandus Malsenhausen hatte sich in einen der tiefen Lehnstühle im Gartenzimmer des Heidehofs gesetzt, und hatte alles der Reihe nach gelesen.

Es war eine bittere, unendlich schmerzhaft Stunde gewesen. Nicht, daß der alte Mann völlig abgewesen war, daß er seinen Neffen für einen Heiligen gehalten hatte; er hatte allerlei erfahren über seine Liebelchen. Aber er hatte das alles für Jugendbottigkeiten eines verwohnten und wohlhabenden jungen Mannes angesehen, für den sich kein Neffe wohl halten durfte.

Und jetzt mußte er erfahren, daß dieser junge Mensch, an den er sein Herz geknüpft hatte, dem er sein ganzes Hab und Gut vermachend wollte, ein Schuft war, ein verachtungswürdiger Feigling, der sich nicht nur schonte, die Folgen seiner Verführungskünfte auf sich zu nehmen, der es auch über's Herz brachte, sein endlich zur Ruhe gekommenes Opfer von neuem dem Gend in die Arme zu treiben — aus purer, gemeiner Hemmungslosigkeit.

Unter irgendeinem Vorwand hatte Hans Sagenheim Rosenhain verlassen, am Tage nach den Vorfällen auf dem Heidehof, von denen er sich nichts Gutes versprach.

Malsenhausen war sich jetzt klar darüber, daß er einen Strich ziehen mußte zwischen sich und diesem Neffen, daß er ihm Rosenhain nicht ausliefern durfte, daß er den Heidehofs die Wahrheit sagen mußte. Die junge, frische Herta sollte nicht auch an ihm zugrunde gehen. Jetzt war es noch Zeit; sie war jung genug, sich von dieser Liebe loszureißen. Sie würde später das Glück finden, das sie verdiente.

Seinen Neffen teilte der Geheimrat mit, daß er alles von Peter Heiden erfahren habe, und daß er sich seines Schwefersohnes schäme und daß er von jetzt an seine Hand von ihm abziehe. Aus Liebe zu seiner toten Schwelgerin wolle er Gnade für Necht ergeben lassen und dem Neffen bis zu seinem Tode einen monatlichen Zufuß zahlen, der ausreichte, Hans Sagenheims Lebensunterhalt zu sichern. (Schluß folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Beschlüssen nehmen alle Vorstandsstellen und die Beiräte, die Zeitungsboten und die Geschäftsführer. 3. entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Genehmigungs-Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Nebenenteil 30 Goldpfennig, einsch. Umrahmung. Schmutzblätter und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 134.

Dienstag, den 8. November 1932.

35. Jahrg.

Reichstagstagseröffnung 6. Dezbr. — Unveränderter Regierungskurs

Nach den Bestimmungen der Reichsverfassung muß der neu gewählte Reichstag binnen dreißig Tagen nach der Wahl zusammenzutreten. In politisch-parlamentarischen Kreisen rechnet man daher damit, daß die erste Reichstagssitzung am Dienstag, den 6. Dezember stattfinden wird. Diese Eröffnungssitzung wird nur die Konstituierung des Reichsparlamentes bringen, und erst in der zweiten Sitzung dürfte das neue Präsidium gewählt werden. Der neu gewählte Reichstag wird durch

General Ullmann als Alterspräsidenten eröffnet werden, der als Spitzenkandidat auf der nationalsozialistischen Liste im Wahlkreis 5 Frankfurt a. M. D. gewählt ist. General Ullmann ist 82 Jahre alt, er ist auch Mitglied des Preussischen Landtags und ebenfalls dessen Alterspräsident. Die Nationalsozialistische Partei hat als ständiges Mitglied auch als Reichstagsspitzenkandidat aufgestellt, um zu verhindern, daß die neue Reichstagssitzung etwa wieder durch die kommunistische Abgeordnete Frau Jellin eröffnet werden könnte, wie es bei dem am 31. Juli gewählten Reichstag der Fall war. Reichspräsident von Hindenburg hat sich am Montag durch Staatssekretär Dr. Meißner und durch den Chef der Reichspressstelle, Ministerialdirektor Wards, über das Wahlergebnis Bericht erstatten lassen. Weiter hat auch Reichskanzler von Papen dem Reichspräsidenten Bericht über die durch den Ausfall der Reichstagswahlen entstandene politische Lage gehalten.

Unveränderter Regierungskurs

In zufälligen Stellen, die der Reichsregierung nahe stehen, wird festgestellt, daß sich an der innenpolitischen Lage durch die Reichstagswahl nichts Wesentliches geändert habe. Die Reichsregierung habe seine Veranlassung, von ihrem bisherigen Kurs abzuweichen. Es werde nicht mehr Sache der Parteien sein, ob der Reichstag in der Lage sei, positive Arbeit zu leisten. Die Reichsregierung sei bereit, ihre Grundzüge zu verdeutlichen, und, wie der Kanzler auch in seiner Rundfunkrede zum Ausdruck gebracht habe, für jeden die Arme offenzuhalten, der gewillt sei, mitzumachen.

Kritisch dürfte sich der weitere Gang der Dinge so gestalten, daß der Reichskanzler die Parität für sich empfängt und an sie die Frage richtet, ob und unter welchen Umständen sie bereit sind, sein Kabinett zu unterstützen. Sollte die Antwort negativ ausfallen, würde der Kanzler voraussichtlich dem Reichspräsidenten vorzulegen, daß dieser die Parteien zu sich rufen und sie fragen, was sie unter diesen Umständen für Vorschläge zu machen haben. Wenn dabei ein wirklich brauchbarer und durchführbarer Vorschlag gemacht werde, so werde der Reichspräsident seine Durchführung ermöglichen.

Eine Umbildung des jetzigen Präsidialkabinetts wird offenbar nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn dadurch wirklich eine erhebliche Verbreiterung der Regierungsbasis erreicht wird.

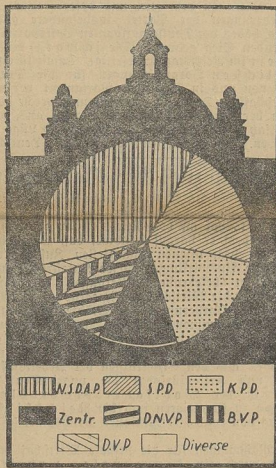
In Kreisen der Reichsregierung ist man im übrigen von dem Ergebnis der Reichstagswahl sichtlich befriedigt. Was

die Verhältnisse der Kräfteverhältnisse im einzelnen angeht, so wird zunächst festgestellt, daß die nationalsozialistische Bewegung nicht nur zum Stillstand gekommen sei, sondern ihre die geringere Wahlgewinnung hinaus hinaus erlitten hat. Der wesentliche Teil der von der NSDAP erlittenen Verluste ist nach Ansicht maßgebender Kreise auf den bürgerlichen Parteien hängengeblieben. Das achte Bürgergut, so wird erklärt, sei wieder zurückgefallen. Die Stimmen sowohl als auch die Stimmen der Reichswähler glaubt man zugunsten der Regierung von Papen verstanden zu können. Inwieweit der sogenannte marxistische Front habe ein Anzeichen der Nationalsozialisten in diese Front nicht gesprochen werden könnte. Die Gewinne der Kommunisten überstiegen etwas die Verluste der Sozialdemokraten. Die Verluste des Zentrums werden auf die Verhandlungen zurückgeführt, die diese Partei verschiedentlich mit den Nationalsozialisten gehabt habe.

An welcher Stelle sich der Wahlausgang auf die innenpolitische Lage auswirken wird, hängt nach Auffassung maßgebender politischer Kreise einmal davon ab, ob im neuen Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit zustande kommt, zum anderen davon, wie sich der neue Reichstag zur Frage der Verfassungsreform stellt. Dem neuen Reichstag wird bekanntlich alsbald

ein Verfassungsprogramm vorgelegt werden, nachdem vorher auch die breitere Öffentlichkeit Gelegenheit bekommen hat, sich mit diesem Programm zu beschäftigen, so daß nach Möglichkeit diesen oder jenen Wünschen noch Rechnung getragen werden kann.

Für das Schicksal des Reichstages dürfte die Haltung maßgebend sein, die gegenüber der Verfassungsvorlage eingenommen wird.



Die Mandatsverteilung im neuen Reichstag. Untere graphische Darstellung veranschaulicht die prozentuale Verteilung der Mandate im Reichstag nach der am 6. November.

Natürlich wird in politischen Kreisen auch bereits die Möglichkeit erörtert, ob es nicht doch dem neuen Reichstag gellingt, eine

arbeitsfähige Mehrheit zustande zu bringen. Das könnte möglicherweise dadurch geschehen, daß etwa die Christlichsozialen zu einer Koalition von Nationalsozialisten und Zentrum bzw. Bayerische Volkspartei hieven würde. Das Zustandekommen einer solchen Koalition vorausgesetzt, würde es aber auch eines Programms bedürfen, das nach allen Richtungen hin tief und flüchtig ist.

Bei der Beurteilung des Wahlergebnisses wird in maßgebenden politischen Kreisen auch auf die als besonders charakteristisch bezeichnete Tatsache hingewiesen, daß die Kontingentierungspolitik

auf den Wahlausgang, wie die Stimmen aus dem Lande zeigten, keinen nachteiligen Einfluß ausgeübt habe. Die entgeltliche Entscheidung in dieser Frage dürfte noch im Laufe dieser Woche fallen. Es dürfte sich dann auch herausstellen, ob die Gerichte, die hinsichtlich der Stellung des Reichsernährungsministers von Braun in der letzten Woche im Umlauf waren, begründet sind oder nicht.

Das amtliche Ergebnis

Dem Reichswahlleiter wird folgendes amtliche Endergebnis der Reichstagswahl mitgeteilt:

Partei	Stimmen	Prozent	Mandate
NSDAP	11 713 785	(33,1)	195 (- 35)
SPD	7 237 894	(20,5)	121 (- 12)
KPD	5 974 209	(16,8)	100 (+ 11)
Zentr.	4 228 633	(11,9)	59 (- 6)
DNVP	3 064 977	(8,6)	51 (+ 14)
Bayer. Vp.	1 081 932	(3,1)	19 (- 3)
DVP	660 092	(1,9)	11 (+ 4)
Dt. Staatsp.	338 064	(1,0)	2 (- 2)
Chr.-Soz.	412 685	(1,2)	5 (+ 2)
Christlichsoz.	110 181	(0,3)	2 (-)
Dt. Hann.	63 939	(0,2)	1 (-)
Dt. Wauernp.	148 990	(0,4)	3 (+ 1)
Thür. Landbund	60 065	(0,2)	1 (-)
Dt. Landvolk	46 498	(0,1)	1 (-)
Württ. Bauernb.	105 188	(0,3)	2 (-)
sonstige	196	(0,001)	0 (-)
unbekannt	118	(0,001)	0 (-)

... in denen, was einer Wahlzeit entspricht.

Das Wahlergebnis

Je nach ihrer politischen Einstellung äußern sich die Blätter sehr verschieden über den Ausgang der Reichstagswahl. Bemerkenswert ist zunächst, was die nationalsozialistische Presse in Hüllers Hauptquartier der Reichlichen Beobachter in München, Hüllers, dem Kanzler vor, er sei Schrittmacher des Wahlsieges, und verkündet, die NSDAP werde den neuen Reich harrer und entschlossener als je zu führen. Die Reichspressstelle der NSDAP sagt, die Verluste der Partei, es sei nur ein vorübergehender Verlust, der die Partei nicht zu schwächen werde. Der bürgerlich-nationale bürgerliche Anzeiger mahnt die Regierung, die bürgerlichen Elemente der Reichstagen zur Mitarbeit heranzuziehen. Die sozialistische Arbeiter-Zeitung in Bremen berichtet, das Wahlergebnis als unbefriedigenden Erfolg der Regierung. Der mittelparteiliche Anzeiger in Hannover stellt als positives Ergebnis fest: Gewinn der Parteien, die sich hinter die Regierung gestellt haben. Die weit rechts stehende Rheinisch-Westfälische Zeitung in Essen sagt, der wirkliche Sieger sei Herr von Papen, er müsse aber den Versuch machen, mit der NSDAP, wieder in Führung zu kommen. Die liberale Kölnische Zeitung schreibt, es werde nötig sein, die Nationalsozialisten alsbald vor die



Die Presse

verantwortung übernehmen. Die nationalsozialistische Bewegung müsse aus dem Ergebnis der Reichstagswahl ihren Schritt notwendig für die Zukunft der Reichsregierung und der Reichsregierung übernehmen. Der rechtsstehende Dresdener Anzeiger erklärt für die NSDAP, die Partei, die der Reichspräsident heranzieht. Die hessische Arbeiter-Zeitung in Kassel schreibt, die Partei, die der Reichspräsident heranzieht. Die hessische Arbeiter-Zeitung in Kassel schreibt, die Partei, die der Reichspräsident heranzieht. Die hessische Arbeiter-Zeitung in Kassel schreibt, die Partei, die der Reichspräsident heranzieht.